



STADTVERWALTUNG
BAD KREUZNACH
AMT FÜR KINDER UND
JUGEND

**Empfehlungen für das Jugendamt der Stadt Bad
Kreuznach zur Gewährung von Nebenleistungen
gemäß § 39 SGB VIII**

*Gültig ab dem 01.03.2023 aufgrund des
Beschlusses des Jugendhilfeausschusses der Stadt Bad
Kreuznach vom 09.02.2023*

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	3
Mobilität	5
1. Öffentlicher Personennahverkehr	5
2. Fahrrad/Laufrad	5
3. Kindersitze...	6
4. Fahrerlaubnis	6
5. Fahrzeuge...	7
6. Heimfahrten	7
7. Besuchsfahrten	8
8. Gesundheitsbedingte Fahrten	8
Alltagshilfen	9
1. Klassenfahrten und Tagesfahrten der Schule...	9
2. Ferien-und Urlaubsreisen	9
3. Barbetrag zur persönlichen Verfügung(Taschengeld)...	9
4. Weihnachtsbeihilfe	12
5. Bekleidungsgeld	12
6. Freizeitgestaltung und sportliche Betätigung...	13
7. Beihilfen für besondere persönliche Anlässe	14
8. Kosten für notwendige Ausweisdokumente	14
9. Einrichtung einer Pflegestelle	15
10. Krankenhilfe...	15
11. Kieferorthopädische Behandlung	16
12. Beerdigungskosten	16
13. Zuschuss zur Verselbstständigung	17
14. Kosten im Rahmen des betreuten Wohnens	17
Schule und Ausbildung	19
1. Kosten für EDV/-unterhaltung...	19
2. Nachhilfe	19
3. Kosten für Einschulung und Schulwechsel...	20
4. Kosten bei Eintritt in die Berufsausbildung...	20
Sonstige Leistungen/Versicherungen	21
1. Bereitschaftspflegestellen	21
2. Unterbrechung des Aufenthaltes in einer Pflegefamilie /Einrichtung	21
3. Haftpflichtversicherung...	21
4. Krankenversicherung...	22
5. Unfallversicherung	22

Einleitung

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Bad Kreuznach hatte in der Sitzung vom 11.04.2018 die geltenden Empfehlungen für das Jugendamt der Stadt Bad Kreuznach zur Gewährung von einmaligen Beihilfen oder Zuschüssen im Rahmen der Vollzeitpflege gem. § 39 SGB VIII beschlossen. Diese Empfehlungen waren nun anzupassen.

Die Vorschrift des § 39 SGB VIII normiert, dass der notwendige Unterhalt für Kinder und Jugendliche auch außerhalb des Elternhauses sicherzustellen ist, wenn Hilfen nach den §§ 32 bis 35 oder nach § 35 a Abs. 2 bis 4 SGB VIII gewährt werden.

Der gesamte regelmäßig wiederkehrende Bedarf soll durch laufende Leistungen gedeckt werden.

In der Vollzeitpflege nach § 33 SGB VIII werden diesem Grundsatz folgend die zu gewährenden Pauschalbeträge regelmäßig durch den Landesjugendhilfeausschuss Rheinland-Pfalz festgesetzt.

Vor der Anwendung der nachfolgenden Empfehlung ist zu prüfen, ob die beantragte Nebenleistung nicht bereits Bestandteil der Qualitätsentwicklungs-, Leistungs- und Entgeltvereinbarung und bereits mit dem kalendertäglichen Entgelt abgegolten ist.

Für junge Menschen und Volljährige, die nach §§ 34, 35, 35 a Abs. 2 Nr. 4, 41 SGB VIII untergebracht sind, ist darüber hinaus der vom Landesjugendhilfeausschuss Rheinland-Pfalz festgesetzte und nach Altersstufen unterteilte Barbetrag zzgl. der festgesetzten Weihnachtsbeihilfe zu gewähren.

Auch die Hilfen nach §§ 13 Abs. 3 S. 2, § 19, § 21 S. 2, § 42 Abs. 2 S. 3 SGB VIII enthalten Hinweise auf eine Verpflichtung zur Gewährung von notwendigem Unterhalt, der dann ebenfalls die Gewährung eines Barbetrages zzgl. der festgesetzten Weihnachtsbeihilfe beinhaltet.

Neben dem hierdurch bereits gedeckten, regelmäßig wiederkehrenden Bedarf von außerhäuslich untergebrachten jungen Menschen können auch Bedarfe für einmalige Beihilfen oder Zuschüsse entstehen. Die Bewilligung einer einmaligen Beihilfe oder eines Zuschusses ist eine Ermessensleistung der Verwaltung des zuständigen Jugendamtes. Dabei sind stets die Besonderheiten des Einzelfalles zu berücksichtigen. Die Verwaltung des Jugendamtes prüft auf vorherigen Antrag, ob eine Beihilfe oder ein Zuschuss bewilligt werden kann.

Nebenleistungen sind grundsätzlich vor der Beschaffung gesondert beim öffentlichen Träger der Jugendhilfe zu beantragen. Über die Anschaffung von Gegenständen ist jeweils ein entsprechend geeigneter Nachweis zu erbringen. Im Vorfeld einer Beschaffung ist im Rahmen der Prüfung der Notwendigkeit, der grundsätzlichen Eignung sowie einer möglichen altersgemäßen Beteiligung des Antragsstellenden, einer gelingenden Zusammenarbeit zwischen wirtschaftlicher Jugendhilfe, Allgemeinen Sozialen Dienst bzw. dem Pflegekinderdienst besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Bei erworbenen Gegenständen ist grundsätzlich davon auszugehen, dass sie mehrfach verwendet werden. Derartige Gegenstände verbleiben nach Anschaffung und Nutzung im Eigentum des Leistungsempfängers. Im Zusammenhang mit einer gewährten Nebenleistung entstandene Folge-, Unterhalts-, Instandsetzungs- und Betriebskosten können grundsätzlich nicht übernommen werden.

Insbesondere bei der Zuschussung des Erwerbs von Gegenständen, die nicht einem regelmäßig, wiederkehrenden Bedarf zuzurechnen sind, soll eine altersgerechte Beteiligung an den Kosten geprüft werden.

Mobilität

1. Öffentlicher Personennachverkehr

- *Anwendungsbereich bei Hilfen nach §§ 19, 33, 34, 35, 35 a, § 41 SGB VIII –*

Eine eventuell bestehende Kostenträgerschaft durch den Schulträger oder die Agentur für Arbeit ist der Erstattungspflicht grundsätzlich vorrangig.

Sofern keine oder nur eine eingeschränkte Trägerschaft besteht, kann jungen Menschen und Leistungsberechtigten nach § 19 SGB VIII grundsätzlich ein auch in den Ferien geltendes Abonnement für den ÖPNV erstattet werden.

Die zu erstattende Abonnementgültigkeit (Wochen-, Monats-, Jahresticket) soll sich nach der prognostizierten Verweildauer des jungen Menschen oder des Leistungsberechtigten nach § 19 SGB VIII in der Jugendhilfe richten.

2. Fahrrad / Laufrad

- *Anwendungsbereich bei Hilfen nach §§ 19, 33, 34, 35, 35 a, § 41 SGB VIII –*

Zur Anschaffung von Laufrädern / Fahrrädern können Zuschüssen in folgender Höhe gezahlt werden:

• Laufrad	bis zu	30,00 Euro
• Kinderfahrrad	bis zu	150,00 Euro
• Jugend- /Erwachsenenfahrrad	bis zu	200,00 Euro
• Fahrradhelm	bis zu	50,00 Euro
• Kinderfahrradhelm	bis zu	30,00 Euro

Folge- und Instandsetzungskosten werden nicht übernommen.

Die Betriebs- und Unterhaltungskosten sind von der antragsstellenden Person zu tragen.

Fahrräder sind durch entsprechende Maßnahmen gegen das Abhandenkommen zu sichern (Beschaffung eines Fahrradschlusses, Einstanzen einer Rahmennummer etc.).

Ersatzbeschaffungen aufgrund eines abhanden gekommenen Fahrrads sollten nur beim Nachweis einer erstatteten polizeilichen Anzeige / Verlustanzeige bezuschusst werden.

Die erworbenen Gegenstände verbleiben im Regelfall im Eigentum der jungen Menschen bzw. Leistungsberechtigten.

3. Kindersitze

- *Anwendungsbereich bei Hilfen nach §§ 19, 33, 34, 35, 35 a SGB VIII –*

Zur Gewährung der Sicherheit im Straßenverkehr sollen die Anschaffungskosten eines Kindersitzes von Seiten des Jugendamtes in folgender Höhe erstattet werden:

- Babyschalen bis zu 100,00 Euro
- Kindersitze bis zu 180,00 Euro
- Sitzerrhöhung bis zu 30,00 Euro
- Fahrradkindersitz bis zu 50,00 Euro

Für anlassbezogene Neubeschaffungen gelten die oben aufgeführten Erstattungsbeträge gleichermaßen. Eine anlassbezogene Neubeschaffung ist gegeben, wenn der Kindersitz nicht mehr den gesetzlichen Vorgaben der Straßenverkehrsordnung entspricht.

4. Fahrerlaubnis

- *-Anwendungsbereich bei Hilfen nach §§ 19, 33, 34, 35, 35 a, 41 SGB VIII –*

Auf Antrag kann einem jungen Menschen ein Zuschuss für den Erwerb einer Fahrerlaubnis der Klassen AM, A 1, L und T oder B sowie für eine Mofa-Prüfbescheinigung gewährt werden, wenn die Finanzierung durch Dritte (Arbeitgeber, Arbeitsamt,...) nicht möglich ist.

Die Gewährung eines Zuschusses setzt voraus, dass der junge Mensch oder Leistungsberechtigte nach § 19 SGB VIII befähigt erscheint und zur Mitwirkung bereit ist. Dies beinhaltet auch den regelmäßigen Besuch des Fahrunterrichts. Daneben soll sichergestellt sein, dass der Eigenanteil erbracht werden kann.

Die Fahrerlaubnis sollte bis zur Beendigung der Jugendhilfemaßnahme erworben werden.

Bei vorzeitiger Beendigung der Maßnahme, werden lediglich die bis zum Zeitpunkt der Beendigung tatsächlich angefallenen Kosten übernommen.

Der Zuschuss bei jungen Menschen, die bereits eine berufliche Tätigkeit ausüben oder sich in einer Ausbildung befinden, beträgt 50 %, jedoch höchstens 1.500,00 Euro, der zum Erwerb der Fahrerlaubnis tatsächlich aufgewendeten Gesamtkosten. Der Zuschuss während des Schulbesuchs beträgt 75 % jedoch höchstens 1.800,00 €, der zum Erwerb der Fahrerlaubnis tatsächlich aufgewendeten Gesamtkosten.

Sofern die oben genannten Höchstbetragsgrenzen nicht überschritten werden, ist die Bezuschussung einer Wiederholungsprüfung möglich.

Der Antrag ist von dem jungen Menschen bzw. dem Leistungsberechtigten nach

§ 19 SGB VIII persönlich zu stellen. Dem Antrag ist eine Stellungnahme des Allgemeinen Sozialen Dienstes beizufügen.

5. Fahrzeuge

- *Anwendungsbereich bei Hilfen nach §§ 19, 33, 34, 35, 35 a, 41 SGB VIII –*

Ist ein eigenes Fahrzeug (S-Pedelec/E-Bike 45/Mofa/Roller/E-Roller/Auto) für das Erreichen der Schule oder Ausbildungsstätte zwingend erforderlich, kann eine Bezuschussung der Erstanschaffungskosten durch das Jugendamt erfolgen.

- Fahrzeuge inkl. Schutzausrüstung (Helm/Nierenschutz) bis zu 850,00 Euro

Fahrzeuge mit lokal emissionsfreien Antriebsarten sind bevorzugt und gesondert zu fördern. Folge- und Instandsetzungskosten werden nicht übernommen.

Es muss sichergestellt sein, dass die Betriebs- und Unterhaltungskosten selbst getragen werden. Hierauf sollte auch in den Bewilligungsbescheiden explizit hingewiesen werden.

6. Heimfahrten

- *Anwendungsbereich bei Hilfen nach §§ 19, 33, 34, 35, 35 a, 41, 42 SGB VIII –*

Familienheimfahrten sind sowohl Fahrten zu Familienangehörigen als auch zu sonstigen engen Bezugspersonen (z. B. Groß- und Pflegeeltern, etc.). Es wird nicht zwischen Familienheimfahrten an Wochenenden und Heimfahrten in den Ferien unterschieden. Die Kostenregelung gilt für alle Fahrten, ohne Rücksicht auf die Dauer des Aufenthaltes zu Familienangehörigen und sonstigen Bezugspersonen.

Im Inland werden auf der Grundlage der im Hilfeplan festgelegten individuellen Bedarfsfeststellung Kosten für Familienheimfahrten übernommen. Dabei sollen in Absprache mit dem Allgemeinen Sozialen Dienst pro Jahr grundsätzlich Kosten für bis zu 12 Familienheimfahrten ohne besondere Begründung übernommen werden. Zusätzliche Fahrten werden im Rahmen der individuellen Bedarfsfeststellung festgelegt. Kosten für eine im Einzelfall fachlich erforderliche Begleitperson können nach vorheriger Antragsstellung ebenfalls übernommen werden.

Erstattet werden grundsätzlich die Fahrtkosten für die Benutzung eines öffentlichen Verkehrsmittels oder eines privaten PKW bei Nutzung der direkten Wegstrecke.

Sofern weder pädagogische Gründe, noch regionale Gegebenheiten dagegensprechen, ist stets die günstigste Variante zu bevorzugen. Bei der Nutzung eines PKW erfolgt eine Kostenerstattung gemäß der jeweils gültigen Fassung von § 6 Abs. 1 Satz 2 des Landesreisekostengesetzes.

7. Besuchsfahrten

- *Anwendungsbereich bei Hilfen nach §§ 19, 33, 34, 35, 35 a, 41, 42 SGB VIII -*

Sofern junge Menschen nicht nach Hause fahren, sondern von Familienangehörigen oder sonstigen Bezugspersonen besucht werden, erfolgt keine Kostenerstattung.

Bei Hilfeplangesprächen sind den Eltern auf Antrag die notwendigen Auslagen in angemessenem Umfang zu erstatten, sofern kein anderer vorrangiger Leistungsträger vorhanden ist.

Fahrtkosten im Rahmen der Kontaktpflege zu leiblichen Eltern, zu Geschwistern, anderen Verwandten oder anderen Bezugspersonen des Kindes können nach vorheriger Antragstellung im Rahmen der Gewährung von Beihilfen und Zuschüssen übernommen werden, sofern kein anderer vorrangiger Leistungsträger vorhanden ist.

Bei Nutzung eines PKW erfolgt eine Kostenerstattung gemäß der jeweils gültigen Fassung von § 6 Abs. 1 Satz 2 des Landesreisekostengesetzes.

8. Gesundheitsbedingte Fahrten

- *Anwendungsbereich bei Hilfen nach §§ 19, 33, 34, 35, 35 a, 41, 42 SGB VIII -*

Fahrtkosten für Arztbesuche, ärztliche Therapien etc. sind grundsätzlich in den Entgeltvereinbarungen sowie im Pflegesatz für die Vollzeitpflege enthalten. In begründeten Einzelfällen kann darüber hinaus eine Erstattung der Fahrtkosten möglich sein, sofern kein anderer vorrangiger Leistungsträger vorhanden ist.

Bei Nutzung eines PKW erfolgt eine Kostenerstattung gemäß der jeweils gültigen Fassung von § 6 Abs. 1 Satz 2 des Landesreisekostengesetzes.

Alltagshilfen

1. Klassenfahrten und Tagesfahrten der Schule

- *Anwendungsbereich bei Hilfen nach §§ 19, 33, 34, 35, 35 a, 41 SGB VIII –*

Aufwendungen für mehrtägige Klassenfahrten sowie Tagesfahrten sollen in voller Höhe übernommen werden.

Bei Ausfall der Fahrt oder Nichtteilnahme sind bereits erstattete Beträge an das Jugendamt zurückzuzahlen.

2. Ferien- und Urlaubsreisen

- *Anwendungsbereich bei Hilfen nach §§ 19, 33, 34, 35, 35 a, 41 SGB VIII –*

Gruppenfahrten mit Jugendverbänden, Kirchengemeinden, Sportvereinen oder vergleichbaren Organisationen sowie nicht verpflichtende Schulfahrten, die aus pädagogischen Gründen sinnvoll sind, können in einer Höhe von bis zu 300,00 Euro pro Jahr bezuschusst werden. Vorrangig sollen Fahrten mit Verbänden und Organisationen bezuschusst werden, die auch gemäß § 74 SGB VIII förderfähig sind.

Für Urlaubsreisen im Rahmen der Vollzeitpflege nach § 33 SGB VIII soll eine jährliche pauschale Beihilfe in Höhe von 300,00 Euro gewährt werden. Diese wird anteilig mit dem monatlichen Pflegegeld ausgezahlt.

Auf Antrag kann auch in Jugendhilfeeinrichtungen eine Bezuschussung der nachgewiesenen aufgewendeten Kosten einer Urlaubsreise von jährlich bis zu maximal 300,00 Euro erfolgen.

Ein Zuschuss muss nicht gewährt werden, wenn die oben genannten Aufwendungen im Rahmen des Entgeltes erstattet werden und in der jeweils geltenden Entgeltvereinbarung benannt sind.

3. Barbetrag zur persönlichen Verfügung (Taschengeld)

- *Anwendungsbereich bei Hilfen nach §§ 19, 27 Abs. 2, 34, 35, 35 a Abs. 1 Nr. 4, 41 SGB VIII sowie §§ 13 Abs. 3 S. 2, 21 S. 2, 42, Abs. 2 S. 3 SGB VIII –*

Zur Erfüllung des Rechts jedes jungen Menschen auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen Persönlichkeit gehört auch die Gewährung eines Barbetrages zur persönlichen Verfügung; denn der eigenverantwortliche Umgang mit Geld schafft einen der Entfaltung der Persönlichkeit dienenden Freiraum, gibt Gelegenheit zum Einüben selbstständiger Entscheidungen, ist Voraussetzung für die Entwicklung eines Eigentumsverständnisses und bietet ein wichtiges Übungsfeld für eine gelingende Lebensbewältigung.

Die Höhe des Taschengeldes wird gemäß § 39 Abs. 2 SGB VIII bei Hilfen nach §§ 27 Abs. 2, 34, 35 und 35 a Abs. 1 Nr. 4, 41 SGB VIII von der nach Landesrecht zuständigen Behörde, in Rheinland-Pfalz vom Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung – Abteilung Landesjugendamt, nach Altersstufen gestaffelt, aufgestellt und durch den Landesjugendhilfeausschuss beschlossen.

Die Festsetzungen gelten für junge Menschen, die in Rheinland-Pfalz gemäß §§ 19, 27 Abs. 2, 34, 35, 35 a Abs. 1 Nr. 4, 41 SGB VIII in einem Heim oder einer sonstigen Wohnform (einschließlich Schutzhilfe und betreutem Wohnen) leben.

Bei Hilfen gemäß § 33 SGB VIII ist das Taschengeld in der Pauschale für „materielle Aufwendungen“ enthalten. Die Höhe ist von den Pflegeeltern individuell festzusetzen. Die nachstehenden Grundsätze zum Verwendungszweck sind zu beachten.

Der Barbetrag ist dem jungen Menschen zur eigenverantwortlichen Verwendung zur Verfügung zu stellen. Dem jungen Menschen alleine obliegt das Verfügungsrecht über den Barbetrag. Der Barbetrag darf nicht für Auslagen verwendet werden, die durch den Pflegesatz der Einrichtung oder durch regelmäßige und einmalige Beihilfen neben dem Pflegesatz gedeckt sind oder sein sollten.

Taschengeldkürzungen oder Taschengeldentzug als Strafe für Vergehen, Fehlverhalten oder zur Wiedergutmachung bei Sachbeschädigungen sind nicht zulässig. Es gibt keine Rechtsgrundlage für eine Kürzung des Taschengeldes aus erzieherischen Gründen. Das Taschengeld ist somit kein Mittel zur Disziplinierung. Die Aufgaben der verantwortlichen Fachkräfte bestehen darin, die jungen Menschen bei der Einteilung und der Verwendung des Geldes zu beraten und zu unterstützen.

Das Taschengeld darf nur mit Zustimmung der jungen Menschen für Gemeinschaftsveranstaltungen, zur Schadensregulierung, für Geldbußen oder sonstige Verpflichtungen verwendet werden. Dabei sind Teilzahlungen ggf. zu berücksichtigen, damit dem jungen Menschen ein Betrag erhalten bleibt, mit dem er seinen Mindestbedarf decken kann.

Der Barbetrag ist dem jungen Menschen monatlich ganz oder in angemessenen Teilbeträgen zur eigenverantwortlichen Verwaltung jeweils im Voraus auszuzahlen.

Der nächsthöhere Taschengeldsatz ist mit Beginn des Monats zu zahlen, in den der jeweilige Geburtstag fällt.

Bei der Erstunterbringung eines jungen Menschen bis einschließlich zum 15. eines Monats bzw. einer Entlassung in der zweiten Hälfte des Monats soll der Barbetrag in voller Höhe gezahlt werden. Wird der junge Mensch in der zweiten Hälfte des Monats aufgenommen soll der halbe Betrag gezahlt werden; gleiches gilt bei einer Entlassung in der ersten Hälfte des Monats.

Im Falle einer unvorhersehbaren Entlassung soll auf die Rückforderung von ausgezahlten Taschengeldebeträgen verzichtet werden.

Bei Verlegungen in eine andere Einrichtung ist davon auszugehen, dass der Barbetrag im Regelfall von der abgebenden Einrichtung bereits gewährt wurde und daher von der aufnehmenden Stelle nicht mehr zu zahlen ist. Um Doppelzahlungen zu vermeiden, sollen die Einrichtungen sich rechtzeitig untereinander abstimmen.

Bei Leistungen gemäß § 42 SGB VIII in Einrichtungen der Jugendhilfe wird ein Barbetrag ab dem 7. Aufenthaltstag gezahlt. Eine Zahlung ab dem ersten Aufnahmetag kann erfolgen, wenn eine stationäre Anschlussmaßnahme absehbar ist.

Die Einrichtung führt für jeden jungen Menschen ein Barbetragskonto, bei dem die ausgezahlten Beträge jederzeit einzusehen sind. Die Auszahlungen sind von dem jungen Menschen gegenzuzeichnen.

Der Barbetrag wird als Nebenkostenbestandteil zu dem Entgeltsatz abgerechnet.

Jugendliche und junge Volljährige, die nach neun Schuljahren

- weiter eine Schule besuchen,
- an einer berufsvorbereitenden Maßnahme teilnehmen,
- eine Aufwandsentschädigung aufgrund einer Tätigkeit im Rahmen eines freiwilligen sozialen / ökologischen Jahres, Bundesfreiwilligendienstes oder vergleichbaren Maßnahme erhalten
- Einkommen aus Ausbildungs- oder Arbeitsvergütung erzielen, haben Anspruch auf einen erhöhten Barbetrag.

Der Begriff „Schuljahr“ ist nicht mit dem Begriff „Jahrgangsstufe“ gleichzusetzen. Der erhöhte Barbetrag soll daher beim Vorliegen der Voraussetzungen nach dem Ablauf von neun besuchten Schuljahren gewährt werden. Sofern die Anzahl der besuchten Schuljahre von der aktuell gesuchten Jahrgangsstufe erheblich abweicht, soll vor der Gewährung des erhöhten Barbetrages auf die in der Persönlichkeit des jungen Menschen liegenden Gründe eingegangen werden.

4. Weihnachtsbeihilfe

- *Anwendungsbereich bei Hilfen nach §§ 19, 33, 34, 35, 35 a, 41, 42 SGB VIII –*

Junge Menschen, die im Auftrag der Jugendhilfe vollstationär untergebracht wurden, sollte ermöglicht werden, am Weihnachtsfest kleine Geschenke zu erhalten und Verwandten und Freunden mit einem kleinen Geschenk eine Freude machen zu können.

Die Weihnachtsbeihilfe soll für alle außerhäuslich unterbrachten jungen Menschen oder Leistungsberechtigten und deren mit unterbrachten Kinder nach § 19 SGB VIII gewährt werden.

Maßgebend für die Gewährung ist die außerhäusliche Unterbringung zu Beginn des Monats Dezember. Ein Anspruch entsteht auch bei einer im laufenden Monat Dezember beginnenden Unterbringung. Die Weihnachtsbeihilfe ist als Bestandteil des Barbetrages zusätzlich zu diesem auszuführen.

Die Weihnachtsbeihilfe ist ein pauschaler Betrag und wird durch gesonderte Festsetzung des Landesjugendhilfeausschusses Rheinland-Pfalz beschlossen.

5. Bekleidungsgeld

- *Anwendungsbereich bei Hilfen nach § 19, 34, 35, 35 a 41, 42, 42 a SGB VIII sowie § 33 SGB VIII bezüglich der Erstausrüstung –*

Für eine notwendige Bekleidungserstausrüstung soll auf eine der Jahreszeit angemessene Bekleidung und deren wirtschaftliche Anschaffung geachtet werden. Dabei kann ein Betrag von bis zu 500,00 Euro innerhalb von sechs Monaten nach der stationären Aufnahme gewährt werden. Eine Nachweisführung über die Verausgabung des Betrages für die Bekleidungserstausrüstung ist zu erbringen. Bei einem Einrichtungswechsel wird eine Bekleidungserstausrüstung nicht nochmal gewährt.

Im Fall von Inobhutnahmen gemäß §§ 42, 42 a SGB VIII ist bei akutem Bedarf die sofortige Beschaffung von Bekleidung in Höhe von bis zu 250,00 Euro gerechtfertigt. Eine Nachweisführung ist zu erbringen. Bei einer längerdauernden Inobhutnahme oder einer sich anschließenden vollstationären Unterbringung ist die monatliche Bekleidungspauschale von dem gewährten Betrag für die Bekleidungserstausrüstung in Abzug zu bringen.

Bei der Unterbringung in stationären Jugendhilfeeinrichtungen beträgt die monatliche Bekleidungspauschale in allen Altersstufen 50,00 Euro.

Für die monatliche Bekleidungspauschale führt die Einrichtung für jeden jungen Menschen oder Leistungsberechtigten und seine Kinder ein Konto, aus dem die ausgezahlten Beträge jederzeit zu ersehen sind. Der Erhalt ist vom jungen Menschen bzw. Leistungsberechtigten gegenzuzeichnen.

Bei unbegleiteten minderjährigen Ausländern besteht die Besonderheit, dass die monatliche Pauschale erst nach Abschluss des Clearings gezahlt werden kann.

Bei der Erstunterbringung eines jungen Menschen oder Leistungsberechtigten nach § 19 SGB VIII bis einschließlich zum 15. eines Monats bzw. einer Entlassung innerhalb der letzten 15 Kalendertage eines Monats soll die monatliche Bekleidungs pauschale in voller Höhe gezahlt werden.

Wird die Person nach den ersten 15 Kalendertagen eines Monats aufgenommen, soll der hälftige Betrag der monatlichen Bekleidungs pauschale gezahlt werden; gleiches gilt bei einer Entlassung innerhalb der ersten 15 Kalendertage eines Monats. Im Falle einer unvorhersehbaren Entlassung soll eine Rückerstattung gegenüber dem Träger der öffentlichen Jugendhilfe erfolgen.

Für einen schwangerschaftsbedingten Bekleidungs Mehraufwand kann jungen Menschen und Leistungsberechtigten nach § 19 SGB VIII ein einmaliger bedarfsorientierter Betrag zur monatlichen Bekleidungs pauschale in Höhe von bis zu 250,00 Euro gewährt werden. Eine Nachweisführung über die Ausgabe ist zu erbringen.

Nicht verbrauchtes Bekleidungs geld ist nach Beendigung der Hilfe an das Jugendamt zurückzuzahlen.

6. Freizeitgestaltung und sportliche Betätigung

- *Anwendungsbereich bei Hilfen nach §§ 19, 33, 34, 35, 35 a, 41 SGB VIII –*

Für die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft (z. B. für Aktivitäten im Bereich Sport, Spiel, Kultur und Geselligkeit, Unterricht in künstlerischen Fächern wie z. B. Musikunterricht und vergleichbare angeleitete Aktivitäten der kulturellen Bildung können bis zu 15,00 Euro monatlich auf Antrag erbracht werden.

Darüberhinausgehende Beträge können übernommen werden, sofern eine angemessene Eigenbeteiligung von bis zu 25 % des Taschengeldebetrages (vgl. Kapitel 2.3) erbracht wird.

Sofern im vorstehenden Rahmen gesondert Ausrüstungsgegenstände erforderlich sind, sollen die einmaligen Anschaffungskosten ebenfalls in angemessenem Umfang übernommen werden. Sofern möglich, sind Ausleihe oder ein Kauf aus zweiter Hand vor der Neubeschaffung zu prüfen.

Erworbene Gegenstände können nach Erfüllung des Anschaffungszwecks unter Berücksichtigung der bisherigen Nutzungsdauer und der noch zu erwartenden Weiterverwendung im Eigentum der jungen Menschen oder Leistungsberechtigten nach § 19 SGB VIII verbleiben.

Eine Förderung von Mitgliedschaften in Fitnessstudios ist im Einzelfall zu prüfen.

7. Beihilfen für besondere persönlich Anlässe

- *Anwendungsbereich bei Hilfen nach §§ 19, 33, 34, 35, 35 a, 41 SGB VIII –*

Beihilfen für besondere persönliche Anlässe des jungen Menschen oder des Leistungsberechtigten nach § 19 SGB VIII sollen in der Regel für die Ausgestaltung des Festes inklusive gesonderter Bekleidung gewährt werden. Die Gewährung soll bis zu folgenden Höhen erfolgen:

- | | | |
|-------------------------------|--------|-------------|
| • Religiös bedeutsame Anlässe | bis zu | 200,00 Euro |
| • Schulische Abschlussfeiern | bis zu | 200,00 Euro |

8. Kosten für notwendige Ausweisdokumente

- *Anwendungsbereich bei Hilfen nach §§ 19, 33, 34, 35, 35 a, 41, 42, 42 a SGB VIII*

Die abgrenzbaren Sachkosten für eine Passbeschaffung (inkl. der Kosten für Passfotos) sind bei jungen Menschen in vollstationären Maßnahmen zu erstatten, sofern diese nicht im Regelsatz nach § 28 SGB XII enthalten sind.

Sachkosten, die mittelbar zur Passbeschaffung entstehen (z. B. Fahrtkosten für notwendige Begleitpersonen ab einer Fahrtstrecke von über 100 Kilometer einfache Fahrt) können erstattet werden. Personalkosten sind nicht erstattungsfähig.

9. Einrichtung einer Pflegestelle

- *Anwendungsbereich bei Hilfen nach § 33 SGB VIII sowie § 42 SGB VIII in Form von Bereitschaftspflege –*

Für die Ausstattung einer Pflegestelle können in den folgenden Bereichen Zuschüsse gewährt werden:

- Mobiliar bis zu 1.500,00 Euro
- Säuglingserstausstattung bis zu 300,00 Euro

Zusätzlich zur Säuglingserstattung ist die Anschaffung

- eines Kinderwagens bis zu 250,00 Euro
- eines Buggys bis zu 100,00 Euro

zu bezuschussen.

Die sich verändernden Anforderungen des untergebrachten jungen Menschen sind bei der Bezuschussung zu berücksichtigen. Insbesondere bei anlassbezogener Neubeschaffung (z. B. aufgrund Wachstums) können im Rahmen derselben Unterbringung mehrmals Kosten für ergänzende Ausstattung anfallen. Auf die pflegliche Behandlung des Mobiliars ist besonders zu achten.

Liegt bereits ein Antrag auf Hilfe zur Erziehung vor und ist mit hoher Wahrscheinlichkeit in absehbarer Zeit mit einer Aufnahme des Kindes in der Pflegefamilie zu rechnen, ist im Einzelfall vor der Aufnahme des Kindes eine Beihilfe oder ein Zuschuss für die Renovierung des Kinderzimmers oder die Anschaffung des Mobiliars möglich.

Wurden Anschaffungen in höherem finanziellen Umfang gemacht (z. B. für Mobiliar) muss im Falle einer Beendigung der Hilfe entschieden werden, ob das Mobiliar dem jungen Menschen oder Leistungsberechtigten, der Pflegestelle oder der Einrichtung überlassen werden.

10. Krankenhilfe

- *Anwendungsbereich bei Hilfen nach §§ 19, 33, 34, 35, 35 a, 41, 42, 42 a SGB VIII –*

Gemäß §§ 19, 40, 41 und § 42 SGB VIII ist für junge Menschen und Leistungsberechtigte, denen im Rahmen der Hilfe Leistungen zum Lebensunterhalt gewährt werden, Krankenhilfe zu leisten. Krankenhilfe ist jedoch aus Jugendhilfemitteln nur dann sicherzustellen, wenn eine Leistungsverpflichtung Dritter – insbesondere ein Versicherungsschutz aus der Familienversicherung eines Eltern-, Stiefeltern-, Großeltern- bzw. Pflegeelternanteils – nicht abgeleitet werden kann.

- Beihilfen für Sehhilfen sollen einzelfallbezogen im angemessenen Rahmen gewährt werden, wobei ein Zuschussbetrag in Höhe von 150,00 Euro in der Regel nicht

überschritten werden soll. Ersatzbeschaffungen können aufgrund einer ärztlichen Verordnung erfolgen.

Reparaturen können bis zu einer Höhe von bis zu 50,00 Euro bezuschusst werden.

- Kosten für ärztlich verordnete bzw. verschreibungspflichtige Verhütungsmittel sowie Notfall-Kontrazeptiva werden für Versicherte bis zum vollendeten 22. Lebensjahr durch die gesetzliche Krankenversicherung gemäß § 24 a SGB V übernommen. Nur nach Vorlage einer Ablehnung durch die Krankenkasse können die Kosten übernommen werden
Bei jungen Volljährigen und Leistungsberechtigten nach § 19 SGB VIII soll der gesetzliche Zuzahlungsbetrag übernommen werden.

Des Weiteren wird auf die Ausführungen unter Ziffer 1.8 Gesundheitsbedingte Fahrten verwiesen.

Hinweis:

Kosten für Schwangerschaftsabbrüche sind gemäß §§ 19 ff. Schwangerschaftskonfliktgesetz durch die gesetzliche Krankenversicherung zu übernehmen. Dies gilt auch dann, wenn kein Versicherungsschutz besteht.

- Drogentests können im Einzelfall durch eine Stellungnahme des Sozialdienstes übernommen werden. Erforderlich und ausreichend ist in der Regel ein Schnelltest, welcher z.B. in Apotheken zu beziehen ist und von den Betreuern durchgeführt werden kann. Über diesen ist ein Konsum nachweisbar und ist in der Regel auch juristisch anerkannt. Eine Durchführung des Tests durch einen Arzt ist in der Regel nur erforderlich im Rahmen von forensischen Gutachten oder MPU-Untersuchungen. (RLP Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung.)

11. Kieferorthopädische Behandlung

- *Anwendungsbereich bei Hilfen nach §§ 33, 34, 35, 35 a, 41 SGB VIII –*

Bei einer erforderlich werdenden kieferorthopädischen Behandlung kann aufgrund eines zuvor gestellten Antrages der Restkostenanteil (10 % bzw. 20 %) vom Jugendamt vorfinanziert werden. Die Kosten werden direkt mit dem Arzt abgerechnet. Auf die Rückerstattung des Restkostenanteils nach erfolgreichem Abschluss der Behandlung macht das Jugendamt bei der Krankenkasse Ersatzanspruch geltend.

12. Beerdigungskosten

- *Anwendungsbereich bei Hilfen nach §§ 19, 33, 34, 35, 35 a Abs. 2 Nr. 4, 41 SGB VIII sowie § 42 SGB VIII in Form von Bereitschaftspflege –*

Eine Kostenaufstellung der Bestattungskosten gemäß § 74 SGB XII ist vorrangig zu prüfen.

Nachgeordnet kann eine Hilfestellung beim Tod eines jungen Menschen auch die Hilfestellung und Bewilligung eines angemessenen Zuschusses zu den

Beerdigungskosten umfassen, soweit diese nicht aus dem Nachlass des jungen Menschen oder im Rahmen der Unterhaltspflicht gedeckt werden können.

13. Zuschuss zur Verselbstständigung

- *Anwendungsbereich bei Hilfen nach §§ 19, 33, 34, 35, 35 a, 41 SGB VIII –*

Falls ein junger Mensch im Anschluss an eine stationäre Maßnahme eine Ausbildung absolviert, weiterhin die Schule besucht oder eine ambulante Nachbetreuung erhält, ist bei Bedarf ein Zuschuss zu gewähren.

Wird im Rahmen einer angestrebten Verselbstständigung ein Zimmer bzw. eine Wohnung angemietet, ist für die notwendige Anschaffung von Hausrat und Mobiliar sowie ggfs. Erforderliche Umzugskosten ein Zuschuss bis zur Höhe von maximal 1.500,00 Euro möglich. Eine anderweitige Finanzierung (z. B. durch das Jobcenter) ist vorrangig zu prüfen.

Ist eine gemeinsame Nutzung von Einrichtungsgegenständen möglich, kann der Zuschuss entsprechend reduziert werden.

Schließt sich an ein betreutes Wohnen eine Verselbstständigung an, wird auf die Ausführungen unter Ziffer 2.13 Kosten im Rahmen des Betreuten Wohnens verwiesen.

14. Kosten im Rahmen des Betreuten Wohnens

- *Anwendungsbereich bei Hilfen nach §§ 34, 41 SGB VIII –*

Junge Menschen in betreuten Wohnformen können folgende Unterstützungsleistungen erhalten, sofern die Unterbringung innerhalb oder außerhalb einer Einrichtung nicht bereits über den Entgeltsatz abgegolten ist:

- **Sätze des Regelbedarfes**
Die Höhe des Regelsatzes richtet sich nach § 28 SGB XII sowie der jeweils aktuellen Anlage zu § 28 SGB XII.
- **Barbetrag**
Der Barbetrag ist zusätzlich zum Regelbedarf zu gewähren. Die Höhe des Barbetrages richtet sich nach der durch den Landesjugendhilfeausschuss beschlossenen Festsetzung zum Barbetrag.
- **Kosten der Unterkunft**
 - Eine ortsübliche Kaltmiete ist zu übernehmen. Erhöhte Mietkosten sind grundsätzlich nicht zu übernehmen.
 - Bei den zu übernehmenden Mietnebenkosten ist darauf zu achten, dass sie, auf den jeweiligen Hilfeempfänger abgegrenzt, zu erstatten sind. Erstattungen sind durch den Jugendhilfeträger zu vereinnahmen. Nachzahlungen sollen nur dann übernommen

werden, wenn sich die Kostensteigerung gegenüber den bisher geleisteten Vorauszahlungen durch plausiblen Mehrbedarf erklärt. Erhöhe sich künftige Vorauszahlungen aufgrund eines nicht plausiblen Mehrbedarfs, ist die Differenz gegenüber den bisherigen Vorauszahlungen von dem jungen Menschen zu erstatten.

- Mietkautionen sind im Rahmen der gesetzlich erlaubten Höhe (§ 551 BGB) zu stellen. Nach Beendigung des Mietverhältnisses bzw. der Jugendhilfemaßnahme ist eine Verrechnung der Mietkaution mit einem ggfs. Zu gewährenden Zuschuss zur Verselbstständigung zu prüfen. Nicht erstattete Mietkautionen aufgrund vorsätzlicher Beschädigung sind dem Jugendamt zu erstatten.
- Kosten für weitere Nebenleistungen nach dieser Empfehlung können gewährt werden. Hierzu gehören insbesondere Beiträge elementar notwendiger Versicherungen (Krankenkasse, Haftpflichtversicherung, Hausratversicherung, etc.).

Schule und Ausbildung

1. Kosten für EDV/-unterhaltung

- *Anwendungsbereich bei Hilfen nach §§ 19, 33, 34, 35, 35 a, 41, 42 SGB VIII –*

In stationären Einrichtungen ist die kostenlose Nutzung von Telefon und Internet durch die Entgelt- und Leistungsvereinbarungen sicherzustellen, insofern sind diese nicht gesondert erstattungsfähig.

Bei der Vollzeitpflege sind diese Kosten über den zu gewährenden Pauschalbetrag für den Sachaufwand bereits abgegolten.

Bei jungen Menschen, die im Rahmen des Betreuten Wohnens den Regelsatz gemäß § 28 SGB XII erhalten, sind diese Kosten aus dem Regelsatz aufzubringen.

Für die persönliche Ausstattung der jungen Menschen oder Leistungsberechtigten mit einem Laptop / Tablet o. ä., welches für schulische und / oder ausbildungsbedingte Zwecke genutzt werden soll, ist eine bestehende Kostenträgerschaft durch den Schulträger oder die Agentur für Arbeit vorrangig zu prüfen. Sofern eine Erstattung hierdurch nicht gewährleistet und nicht Bestandteil der Entgeltvereinbarung ist, soll die Erstattung durch das Jugendamt sichergestellt werden. Dabei kann eine Erstattung bis zur Höhe von 300,00 Euro erfolgen. Die Auszahlung erfolgt nach Vorlage der Rechnung.

Folge- und Unterhaltskosten können nicht übernommen werden.

2. Nachhilfe

- *Anwendungsbereich bei Hilfen nach §§ 19, 33, 34, 35, 35 a, 41, 42 SGB VIII –*

Kosten für Nachhilfeunterricht können nach Einzelfallprüfung im Rahmen der nachfolgend genannten Beträge übernommen werden.

Erstattungsfähig sind diese für einen begrenzten Zeitraum (i. d. R. 6 Monate), wenn die Erreichung der Klassenziele oder die Erreichung des Schulabschlusses gefährdet sind und eine realistische Chance besteht, dass die Defizite durch entsprechende Nachhilfe ausgeglichen werden können.

Der Bedarf ist durch die Lehrkraft zu bestätigen. Eine Bewilligung über den Zeitraum von sechs Monaten hinaus kann bei weiterhin bestehenden Defiziten erfolgen.

Es können dabei folgende Kosten erstattet werden:

- Nachhilfeunterricht durch Schülerinnen und Schüler/Studierende bis zu 15,00 Euro pro Stunde
- Nachhilfeunterricht durch einschlägige Fachkräfte bis zu 20,00 Euro pro Stunde
Schulische Angebote sind vorrangig anzunehmen.

Kosten für Integrationskurse können bis zu einer Höhe von 500,00 Euro monatlich erstattet werden. Es ist vorrangig zu prüfen, ob das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge die Kosten übernimmt.

3. Kosten für Einschulung und Schulwechsel

- *Anwendungsbereich §§ 33, 34, 41 SGB VIII –*

Schulbedarf, der im Rahmen der Einschulung oder eines Schulwechsels benötigt wird, kann bis zu einer Höhe von 150,00 Euro übernommen werden. Hierzu zählen insbesondere Schultaschen, Mäppchen und Turnbeutel, sofern diese nicht mit dem Entgelt abgegolten sind.

Sofern im Einzelfall für den Unterricht notwendige und kostenintensive Lernmittel erforderlich sind, können die Kosten in angemessener Höhe übernommen werden, wenn für die Einzelbeschaffung mehr als 25,00 Euro aufzuwenden sind.

Kleinere Anschaffungen für Hefte, Schreibmaterial oder ähnliches sind mit dem monatlichen Pflegegeld abgegolten.

Eine Beihilfe bzw. ein Zuschuss zur Anschaffung von Schulbüchern kann im begründeten Einzelfall gewährt werden. Schüler und Schülerinnen haben Anspruch auf Lernmittelfreiheit, wenn Hilfe zur Erziehung nach dem SGB VIII gewährt wird.

4. Kosten bei Eintritt in die Berufsausbildung

- *Anwendungsbereich für Hilfen nach §§ 19, 33, 34, 35, 35 a, 41 SGB VIII –*

Bei Eintritt in die Berufsausbildung können auf vorherigen Antrag notwendige Aufwendungen nach Absprache mit dem Ausbildungsbetrieb erstattet werden. Dazu gehören insbesondere Arbeitsbekleidung und Arbeitsausrüstung (bis zu 300,00 Euro), ggf. auch ein Fahrtkostenzuschuss, soweit dieser erforderlich ist, um die Ausbildungsstätte oder die Berufsschule zu erreichen und eine Drittfinanzierung ausscheidet.

Sofern im Einzelfall für den Unterricht notwendige und kostenintensive Lernmittel (auch Bücher) erforderlich sind, können die Kosten in angemessener Höhe übernommen werden, wenn für die Einzelbeschaffung mehr als 25,00 Euro aufzuwenden sind.

Sonstige Leistungen / Versicherungen

1. Bereitschaftspflegestellen

- *Anwendungsbereich bei Hilfen nach §§ 33, 42 SGB VIII –*

Für Pflegefamilien, welche sich dazu bereit erklären oder bereit dazu erklärt haben, eine oder mehrere Bereitschaftspflegestellen anzubieten und dementsprechend Kinder in die eigene Familie aufzunehmen, erhalten für die Dauer des Bereitschaftspflegeverhältnisses die dreifachen Kosten der Erziehung für drei Monate. Im Übrigen gelten die vorliegenden Empfehlungen.

2. Unterbrechung des Aufenthaltes in einer Pflegefamilie / Einrichtung

- *Anwendungsbereich bei Hilfen nach §§ 19, 33, 34, 35, 35 a, 41 SGB VIII –*

Befindet sich der junge Mensch oder der Leistungsberechtigte nach § 19 SGB VIII in einer Kur oder in einer Klinik, so ist bei einer Abwesenheit von mehr als sechs Wochen im Einzelfall zu prüfen, ob und ggf. in welcher Höhe eine Kürzung des Pflegegeldes / Leistungsentgeltes in Betracht kommt.

Bis zu einer Dauer von sechs Wochen soll das Pflegegeld / Entgelt in ungekürzter Höhe weitergewährt werden, um den kurbedingten Mehrbedarf des Kindes / des / der Leistungsberechtigten und die Sonderaufwendungen der Pflegeeltern z. B. für Besuche, abzugelten. Nach dem Ablauf von sechs Wochen ist im Einzelfall zu prüfen, ob das Pflegegeld bzw. der im Pflegegeld enthaltene Sachaufwand gekürzt werden kann.

3. Haftpflichtversicherung

- *Anwendungsbereich bei Hilfen nach §§ 33, 34, 41 SGB VIII –*

Die Stadt Bad Kreuznach hat derzeit eine persönliche Haftpflichtversicherung der Pflegeeltern, Pflegekinder und Heimkinder abgeschlossen. Der Versicherungsschutz erstreckt sich auf die persönliche gesetzliche Haftpflicht der Pflegeeltern aus ihrer Aufsichtspflicht und der Pflegekinder sowie der Heimkinder.

Gegenseitige Ansprüche der Pflegeeltern und Pflegekinder untereinander sind mitversichert.

Deckungssummen:

3.000.000,00 Euro pauschal für Personen- und Sachschäden

100.000,00 Euro für Vermögensschäden.

Der Versicherungsschutz wird subsidiär gewährt.

Nicht mitversichert sind die Ansprüche der Pflegekinder gegen die leiblichen Eltern und die Ansprüche der leiblichen Eltern gegen die Pflegekinder.

Bei Sachschäden durch Pflegekinder / Heimkinder beruft sich der Versicherer nicht auf Deliktunfähigkeit. Die Höchstersatzleistung beträgt 2.600,00 Euro je Schadenereignis.

Soweit der Schaden weder durch Haftpflichtversicherung der Stadt noch durch eine evtl. bestehende Haftpflichtversicherung des Elternteils, der Pflegeeltern oder der Einrichtung ersetzt wird, kann die Gewährung einer Beihilfe oder eines Zuschusses durch das Jugendamt geprüft werden.

4. Krankenversicherung

- *Anwendungsbereich für Hilfen nach §§ 19, 33, 34, 35, 35 a, 41, 42 SGB VIII -*

In der Regel sind junge Menschen oder Leistungsberechtigte nach § 19 SGB VIII gem. § 10 Abs. 4 SGB V (Sozialgesetzbuch – gesetzliche Krankenversicherung) im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung versichert / familienversichert.

Ein Antrag auf Aufnahme in die Familienversicherung ist bei der jeweiligen Krankenkasse zu stellen. Wird eine Pflichtversicherung bzw. freiwillige Weiterversicherung nach dem SGB V oder eine private Krankenversicherung erforderlich, kann der angemessene Beitrag nach vorheriger Antragstellung übernommen werden.

5. Unfallversicherung

- *Anwendungsbereich für Hilfen nach §§ 19, 33, 34, 35, 35 a, 41 SGB VIII -*

Junge Menschen und Leistungsberechtigte nach § 19 SGB VIII sind während des Besuches von Kindertagesstätten, von allgemeinbildenden Schulen oder als Auszubildende während der beruflichen Aus- und Fortbildung in Betrieben, Lehrwerkstätten, berufsbildenden Schulen oder ähnlichen Einrichtungen im Rahmen der gesetzlichen Unfallversicherung nach § 2 SGB VII Sozialgesetzbuch – gesetzliche Unfallversicherung) versichert. Eine Übernahme der Beiträge für eine zusätzliche Unfallversicherung erfolgt nicht.